

"Politische Wissenschaften" und der veralltäglichte Nationalsozialismus

Henke, Ursula

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Henke, U. (1987). "Politische Wissenschaften" und der veralltäglichte Nationalsozialismus. In J. Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen (S. 764-767). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-149947>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

„Politische Wissenschaften“ und der veralltäglichte Nationalsozialismus

Ursula Henke (Bochum)

Laut Vorlesungsverzeichnis vom WS 1934/35 der Universität Leipzig ist die Lehrstuhlbezeichnung Hans Freyers von Soziologie in Politische Wissenschaften umgewandelt worden. Zudem ist der Bereich F der Philosophischen Fakultät nunmehr mit "Politische Wissenschaften" betitelt. Eine bloße Etikettenverschiebung ohne nähere Bedeutung oder eine bewußt gewollte Umgestaltung, hinter der ein theoretisches Konzept steht?

Die genauere Betrachtung einzelner Schriften Hans Freyers z.B. läßt die zweite Antwort wahrscheinlich erscheinen. "Politische Wissenschaften" ist hiernach ein Konzept, das sowohl die Soziologie neu einzubinden sucht, als auch die Universität prinzipiell neu organisieren möchte. Hans Freyer ist innerhalb der Soziologie der wohl exponenteste Vertreter, darüber hinaus bildet aber das Konzept "Politische Wissenschaften" das Paradigma einer Wissenschaftsgemeinschaft, zu der neben Hans Freyer auch Gunther Ipsen zählt und die zusätzlich noch aus Staatsrechtslehrern, z.B. Ernst Rudolf Huber, Wirtschaftswissenschaftlern wie Georg Weippert oder aber Hochschulreformern wie Ernst Krieck und Adolf Rein sich zusammensetzt.

Eine politische Wissenschaft ist hiernach eine Wissenschaft, die die Objektivität der Erkenntnis will, aber unter Einschluß der Richtigkeit von Weltanschauung. Über die politischen Wissenschaften soll der Kampf um die Richtigkeit der Weltanschauung wissenschaftlich ausgetragen werden. Das Ergebnis soll ein "wissenschaftliches Wissen um Sein und Ziel des Menschen" sein. Die Soziologie hat von daher die Aufgabe, als eine politische Wissenschaft nicht außerhalb des Geschehens - als werturteilsfreie Wissenschaft - zu stehen, sondern sie empfängt ihre "Methode, Wahrheit, Erkenntnis und Kategorie ... aus dem völkisch-politischen Lebensganzen" (Krieck, 1934, 15). Das politische Volk wird zum Gegenstand der Soziologie, die somit einen "festen Ort und ihre konkreten Aufgaben im System der politischen Wissenschaften" (Freyer 1937, 1) erhält. Die überkommene Arbeitsteilung der Wissenschaften, die sich als "tradierte, arbeitsteilige Isolation" (Maus, 1939/40) darstellt, wird einer Kooperation weichen. Eine politische Soziologie kann nicht vom gesamtgesellschaftlichen Prozeß abstrahieren, sie hat als "politische Wissenschaft" eine Schlüsselstellung inne, die eine neue Zusammenschau ermöglichen kann. Aber diese politische Wissenschaft ist mit dem Erreichten noch nicht zufrieden, aus ihr ist das wahrhaft kritische Moment noch nicht herausgebrochen. Von daher versteht sich die "Deutsche Soziologie", die diesen Vorstellungen entsprechend eine politische Wissenschaft sein will, nicht als bloße angewandte Wissenschaft des "neuen Reiches", sondern als Wissenschaft von der Volksgemeinschaft, die "im Werden" ist (Freyer, 1934). Oder um es mit Freyer zu formulieren:

"Jede echte politische Wissenschaft hat nicht nur das Vorhandene abzuschildern, sondern das werdende vorauszunehmen und das Gütige vom Verfallenden zu unterscheiden." So kann die "deutsche Soziologie der Gegenwart und Zukunft ihres Volkes dienen" (Freyer, 1935, 1, 142/43). Politische Wissenschaft ist somit keine parteipolitisch gebundene Wissenschaft, keine spezialistische Einzelforschung im Auftrag des nationalsozialistischen deutschen Volkes, sondern das Votum für eine z.T. kritische politische Wissenschaft bedeutet auch 1935 ein Hinausweisen über die nationalsozialistische Praxis.

Um dieser Idee auch eine Verwirklichungschance zu geben, haben Krieck und Freyer z.B. auf eine Hochschulreform hingearbeitet. Diesen Vorstellungen entsprechend soll über die politische Erziehung auch an den Hochschulen der "völkisch-politische Mensch" geschaffen werden, der in seinem Volkstum wurzelt. Hierzu soll die Hochschule neu organisiert werden, so daß an Stelle der bisherigen Fakultätengliederung und Spezialisierung der einzelnen Fächer die sinnhafte Gliederung der Wissenschaft treten soll, die sich auf der Grundlage der völkisch-politischen Zentralidee ergeben wird. Insbesondere das "politische Semester" (Freyer, 1933) soll helfen, daß Chemiker, Juristen, Mediziner vor ihrem eigentlichen Fachstudium einen Kern von politischer Bildung vermittelt bekommen, damit sie so zu politischen Menschen werden. Insgesamt sollen sich auch die einzelnen Wissenschaften zu "politischen Wissenschaften" wandeln. Nicht nur die Soziologie soll sich hiernach in eine "politische Wissenschaft" verwandeln, auch die Medizin, die Staatswissenschaft, die Wirtschaftswissenschaft und selbst die Mathematik sollen "politische Wissenschaften" werden. All diese Wissenschaften sollen einheitlich im "Politischen" (Freyer, 1936) im oben beschriebenen Sinn gründen. An die Stelle von Philosophie und Humanismus soll nunmehr die politische Bildung treten, die über die völkisch-politische Zentralidee die Wissenschaften neu einzubinden sucht.

Aber die Forderungen der politischen Wissenschaftler Freyer und Krieck z.B. scheinen den Forderungen des veralltäglichten Nationalsozialismus entgegenzustehen. Für Freyer ist z.B. 1934 die Geburt des Dritten Reiches als Erwachen Deutschlands zu werten, aber nach seiner Meinung ist das neue Reich noch nicht vollendet, es schreitet noch durch die Gefahrenzone hindurch (Freyer, 1934). 1935 versucht Freyer noch schärfer, wenn auch verdeckt, Kritik am bestehenden NS-System zu üben, indem er die griechische Mythologie zu Hilfe ruft, um zu zeigen, daß der Führerstaat eine noch nicht richtig konstruierte Utopie darstellt (Freyer 1935,2). 1937 ist für ihn dann der Traum von der besten Staatsform auf Erden ausgeträumt (Freyer, 1937,2). Damit ist aber auch endgültig das Konzept "Politische Wissenschaften" gescheitert, weil ihm einerseits keine ideologische Führung zugebilligt wird, weil aber auch gerade diese philosophisch gebundene "Politische Wissenschaft" zunehmend in Konkurrenz gerät zu einer parteipolitisch gebundenen Wissenschaft, die

sich als politisierte Gesellschaftskunde versteht. Andererseits konnte die mit dem Konzept politische Wissenschaft verbunden gedachte Hochschulreform nur zeitlich begrenzt greifen. Der sich etablierende NS-Staat entzieht den Universitäten mehr und mehr wieder den Erziehungsauftrag und überträgt ihn den dafür speziell errichteten Führerschulen. Insgesamt ist die nationalsozialistische Hochschulpolitik über einzelne kleinere Reformversuche im Rahmen des Konzepts "Politische Wissenschaften", wie z.B. das politische Semester und die Frühjahrs- und Herbstuniversitäten, nicht hinausgekommen. Die politische Universität muß insgesamt als gescheitert betrachtet werden. Das Etikett "politische Wissenschaft" hat jedoch weitergelebt, wenn ihm auch der Reformgedanke fehlte.

Gerade K.-H. Pfeffer, der ehemalige Freyer Assistent, ist ein gutes Beispiel für das Scheitern bzw. die Umgestaltung des Konzeptes "Politische Wissenschaften". Pfeffer sieht zwar in dem Wissenschaftsgebäude seines Lehrherren Grundlagen für ein neues wissenschaftliches Denken, das aber nun das "Anpacken nötiger Aufgaben" aus sich entlassen muß. Pfeffer betreibt als Nationalsozialist Wissenschaft, wohingegen Freyer an die Stelle der konkret politischen Überzeugung ein wissenschaftlich-politisches Wollen setzt. Pfeffer will dagegen exakte Einzelforschung in nationalsozialistischer Ausrichtung. Freyer hat diese Spielart wissenschaftlichen Arbeitens als einen Willen bezeichnet, "der nur vollzieht, was ohnedies sachnotwendig ist." (Freyer, 1935/36, 355). In seiner institutionellen Vormachtstellung beweist Pfeffer jedoch neben anderen jüngeren Wissenschaftlern, daß eine Soziologie als Leistungs- und Herrschaftswissenlieferant im nachrevolutionären Alltag opportuner ist als das sozialemanzipatorische Konzept "Politische Wissenschaften", mit dem man zwar Revolutionen vorbereiten und vorantreiben kann, das aber nach der Etablierung des NS-Staates aufgrund seiner die Gegenwart übergreifen wollenden Grundhaltung zunehmend in Legitimationsschwierigkeiten geraten muß und geraten ist. Die jungen nationalsozialistischen Soziologen verstehen dagegen ihre Wissenschaft als Auftragsforschung für das deutsche Volk der Gegenwart. Z.B. paßt in dieses politisch-positivistisch gewandte Konzept eine Polizeisociologie, um die Kontrollfähigkeit des Systems zu erhöhen, oder eine Wehrsociologie kann hiernach helfen, die Schlagkraft des deutschen Volkes zu stärken. In diese Vorstellung paßt dann auch der Plan, das Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main zu reaktivieren, um noch nicht voll integrierte Altstadtbewohner Frankfurts zu observieren.

Insgesamt präsentiert sich die Soziologie in Deutschland ab ca. 1936 in institutioneller Vormachtstellung als nationalsozialistisch gelenkte Wissenschaft, als reine Sozialtechnik zur Sicherung und Stabilisierung des Bestehenden.

Literatur:

- 1 FREYER, H. 1933: Das politische Semester, Jena
- 2 ders., 1934: Volkwerdung, in: Volksspiegel, S. 3-9
- 3 ders., 1935: Gegenwartsaufgaben der deutschen Soziologie,
in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft,
S. 116-144
- 4 ders., 1935/36: Das Politische als Problem der Philosophie,
in: Blätter für deutsche Philosophie, S. 347-367
- 5 ders., 1936: Die geistige Lage an den deutschen Hochschulen,
in: Akademische Blätter, S. 151-159
- 6 ders., 1937,1: Gesellschaft und Geschichte, in: Stoffe und
Gestalten der deutschen Geschichte, Bd. II, Heft 6,
Berlin, Leipzig, S. 1-20
- 7 ders., 1937,2: Das Land Utopia. Ein Ewiger Traum der Mensch-
heit, in: Hannoverscher Anzeiger, 17.01.1937, Wochen-
beilage "Aus Zeit und Leben", Nr. 3
- 8 KRIECK, E. 1934: Zur Wissenschaftslehre der Mathematik und
der Hochschulreform, in: ders., Wissenschaft, Weltan-
schauung, Hochschulreform, Leipzig, S. 14-22
- 10 MAUS, H. 1939/40: Zur gesellschaftlichen Funktion der Sozio-
logie, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie,
S. 150-186